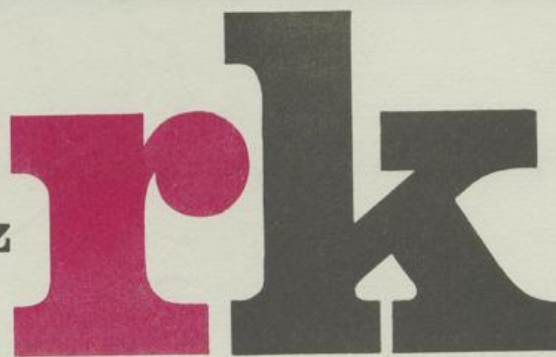


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Dienstag, 30. März 1982

Blatt 881

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: 156 Wiener Landeslehrer verabschiedet  
 (grau)

Kommunal:  
 (rosa)

Drei Jahre medizinisch-wissenschaftlicher Fonds  
 Klinischer Mehraufwand - Höchstgericht soll  
 entscheiden  
 Bessere Luft und mehr Sicherheit

Lokal:  
 (orange)

Ringstraßenbäume: Plastikpatscherln waren Schutz  
 gegen Salz

Nur

über FS: 29.3. Umbau im Wohnungsverbesserungsreferat  
 30.3. Schüler lief gegen die Straßenbahn  
 Neue Betondecke war zu schwer

.....  
Bereits am 29. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

156 Wiener Landeslehrer verabschiedet

=++++

18 #Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) 156 Wiener Landeslehrer, die in den Ruhestand getreten sind, wurden Montag von Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Stadtschulratspräsident Bundesrat Hans MATZENAUER bedankt und verabschiedet.#

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner wies in ihrer Ansprache auf die vielen Veränderungen hin, die das Schulwesen in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Die permanente Schulreform bringe zwar Schwierigkeiten mit sich, eröffne aber gleichzeitig auch viele neue Möglichkeiten.

Fröhlich-Sandner betonte, daß Bildung nicht nur für die Berufs-Chancen, sondern auch für die Lebensqualität entscheidend sei.

Die festliche Zeremonie fand im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. (Schluß) emw/gg

NNNN

Ringstraßenbäume: Plastikpatscherln waren Schutz gegen Salz

=++++

2      Wien, 30.3. (RK-LOKAL) Die Plastikpatscherln, die das Stadtgartenamt einigen Bäumen auf der Ringstraße verpaßte und die jetzt entfernt werden, sollten die Pflanzen im Winter schützen. Das Stadtgartenamt startete damit einen Versuch, die Bäume im Haltestellenbereich vor den Einwirkungen des Streusalzes zu bewahren. Um die Versorgung der Alleeebäume mit wichtigen Nährstoffen weiter zu garantieren, wurden die Pflanzen ständig betreut und künstlich gedüngt sowie bewässert. Ob der Versuch erfolgreich war, wird sich erst nach mehreren Wintern zeigen. (Schluß)    hs/gg

NNNN

Drei Jahre medizinisch-wissenschaftlicher Fonds

Utl.: 40 Millionen für medizinische Forschung

=++++

4 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurden vom "Medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien" von 1978 bis 1981 insgesamt 40 Millionen zur Förderung medizinischer Forschungsprojekte von in Wien niedergelassenen Ärzten aufgewendet. Dies berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressesgesprächs. Bürgermeister Leopold GRATZ hatte die Schaffung dieses Fonds, der die Förderung und Dokumentation wissenschaftlicher Arbeiten von Wiener Ärzten zum Ziel hat, angeregt.#

Der Bürgermeister unterstrich bei diesem Pressegespräch die Bedeutung dieses Fonds für die möglichst breite Förderung der medizinischen Forschung in Wien. So werden durch den Fonds nicht nur wissenschaftliche Arbeiten in den Universitätskliniken, sondern auch in allen anderen Wiener Spitälern sowie von niedergelassenen Ärzten gefördert. Die in diesem Zusammenhang mittels Computer erstellte Dokumentation stellt, wie der Bürgermeister erklärte, eine echte Arbeitshilfe für die Ärzte dar.

Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher wurden in den vergangenen drei Jahren vom Kuratorium 206 Anträge bearbeitet und dafür insgesamt 219 Gutachten eingeholt. Für 114 Anträge wurden Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 40 Millionen S bewilligt, wobei es sich bei den geförderten Anträgen um Arbeiten handelte, die den gesamten medizinischen Bereich umfassen. Wien ist damit das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit ihrer Ärzte in dieser Art und Weise fördert. In Anbetracht des Umstandes, daß sich das Wissen in der Medizin innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppelt, kommt diesem Fonds besondere Bedeutung zu.

Präsident des Fonds ist der für das Gesundheitswesen zuständige amtsführende Stadtrat. Dem Kuratorium gehören weiters an: der Magistratsdirektor, der Landessanitätsdirektor, der Präsident der Ärztekammer für Wien, der Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Wien sowie zwei in Wien tätige Ärzte, die vom Bürgermeister bestellt werden. (Schluß) zi/bs

Klinischer Mehraufwand - Höchstgericht soll entscheiden

=++++

5 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR einstimmig, in der Frage des klinischen Mehraufwandes beim AKH eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. Das Höchstgericht soll die Feststellung einer Berechnungsmethode vornehmen. Dieses Vorgehen wurde, wie Mayr betonte, auf Grund einer Vereinbarung zwischen Wien und dem Bund gewählt, da bei der gegebenen Rechtssituation kein befriedigendes Verhandlungsergebnis erzielt werden kann. Ferner teilte Mayr auf eine Anfrage von ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER mit, daß der Bund trotz der von der Stadt Wien ausgesprochenen Kündigung der Vereinbarung mit Ende des vergangenen Jahres die Zahlung nach dem bisher vereinbart gewesenen Prozentsatz weiterhin aufrecht hält. Diese Vorgangsweise wird bis zur Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof beibehalten.#

Nach Ansicht der Stadt Wien sollte man den 1953 vom Verfassungsgerichtshof vorgeschlagenen Weg eines "Aufwandsvergleichs" gehen. Danach sollten die Aufwendungen im AKH mit 15 anderen Wiener Spitalern verglichen werden. Die Differenz würde den klinischen Mehraufwand ausmachen, den der Bund, der für die medizinische Ausbildung, für Lehre und Forschung zuständig ist, zu bezahlen hätte.

Diese Berechnungsmethode wurde bisher noch nicht angewendet. 1957 trafen der Bund und die Stadt Wien jedoch eine Vereinbarung, nach der der Bund 18 Prozent der Nettoausgaben des AKH als klinischen Mehraufwand trägt. Im AKH, in dem alle Betten als "klinische Betten" geführt werden, wurde der Studienbetrieb seit 1957 wesentlich erweitert, auch der medizinische Fortschritt führte vor allem in der Lehre und Forschung zu höheren Kosten. Ein Beleg dafür ist, daß im AKH heute zweimal soviel medizinisch-technische Assistenten beschäftigt sind als in einem anderen Wiener Spital. (Schluß) sei/bs

NNNN

Bessere Luft und mehr Sicherheit

Utl.: Landesregierung beschloß "Luftreinhaltenovelle"

=++++

7 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Stadtrat Franz NEKULA genehmigte die Wiener Landesregierung am Dienstag die "Luftreinhaltenovelle 1982", mit der das Feuerpolizeigesetz aus dem Jahre 1957 abgeändert wird. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Luft und um mehr Sicherheit werden damit auf den neuesten Stand gebracht. Die Gesetzesnovelle soll in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages endgültig beschlossen werden und am 1. Jänner 1983 in Kraft treten. Für bestehende Anlagen, die den neuen Bestimmungen nicht mehr entsprechen, ist eine Übergangsfrist von maximal fünf Jahren vorgesehen. #

Das Gesetz betrifft vor allem die Haushalte, weil entsprechende Bestimmungen für Industrie, Gewerbe, Verkehr usw. bundesgesetzlich festgelegt werden.

Das Gesetz ermöglicht es u.a., Höchstwerte für Immissionen von Schadstoffen festzulegen und bei der Gefahr ihrer Überschreitung gewisse Heizungen zu untersagen und auf umweltfreundlichere Alternativheizungen (Fernwärme, Elektrizität, Erdgas u.dgl.) zu verweisen. Die Bestimmungen für die Lagerung und den Transport feuergefährlichen Materials werden wesentlich verschärft, ebenso die Vorschriften für die Kontrolle von Feuerungsanlagen. So werden z.B. die Rauchfangkehrer in Zukunft auch Gasfeuerungsanlagen zu überprüfen haben. Das Abbrennen von Feldern wird in Wien verboten. Das Verbrennen kleiner Mengen von Gartenabfällen ist nur mehr dann erlaubt, wenn es untertags erfolgt und keine unzumutbare Rauchbelästigung zu erwarten ist.

Das Gesetz bildet auch die Grundlage für einen Alarmplan, der bei gefährlicher Luftverschmutzung in Kraft tritt. Er wird in mehreren Stufen erstellt, von Empfehlungen an die Bevölkerung bis zu bindenden Anordnungen. (Schluß) sti/bs

NNNN